

Kristin Bäßler, Jacqueline Breidlid

# Neue Machtverhältnisse im Bundestag: Neue Chancen für die Bibliothekspolitik?

Eine Einordnung der Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen des Deutschen Bibliotheksverbands

**Nun steht das Wahlergebnis der Bundestagswahl fest. Im neuen Bundestag wird die SPD mit 206 die meisten Sitze besetzen, dicht gefolgt von der CDU/CSU mit 196 Sitzen. Bündnis 90/Die Grünen sind mit 118 Sitzen und die FDP mit 92 Sitzen vertreten. Die AfD wird 83 Sitze besetzen. Die Linke kommt durch drei Direktmandate auf insgesamt 39 Sitze. Was aber sagt diese Verteilung über die zukünftige Ausrichtung bibliothekspolitischer Rahmenbedingungen aus? Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) geben Aufschluss über die Einstellungen der Parteien zu den Forderungen der Bibliotheken und erlauben einen vorsichtigen Blick darauf, ob eine neue Verteilung der Karten auch für Bibliotheken Veränderungen bringen könnte.**

Im Vorfeld zur Bundestagswahl 2021 hat der dbv – als Interessenvertreter der über 9.000 Bibliotheken in Deutschland – seine Wahlprüfsteine an die im Bundestag vertretenen politischen Parteien gesandt. Darin wurden die Parteien aufgefordert zu skizzieren, was sie in der Regierungsverantwortung oder als parlamentarische Opposition für die kultur- und bildungspolitische Förderung der Bibliotheken tun werden. Die Wahlprüfsteine umfassten die Themen Bibliotheken als dritte Orte, digitale Bildung und digitale Teilhabe, den Bereich Wissenschaft und Forschung im Urheberrecht sowie die Einbindung von Bibliotheken bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele

## Orte des Austauschs

In einem sind sich alle Parteien einig: Sie erkennen Bibliotheken als wichtige Orte der Begegnung und des Austauschs an und möchten sie grundsätzlich darin unterstützen. Die SPD schreibt, dass sie »in Regierungsverantwortung in den kommenden Jahren öffentliche Bibliotheken – ebenso wie soziokulturelle Zentren in den Stadtteilen – vielmehr als die dringend benötigten und in den Quartieren erreichbaren sogenannten ›dritten Orte‹ stärken [möchte], die zwischen Arbeitsplatz und eigener Wohnung Begegnung in Gemeinschaft ermöglichen«. CDU/CSU »stehen einer weiteren Aufwertung der Bibliotheken positiv gegenüber«. Für Bündnis 90/Die Grünen sind Bibliotheken Orte, die Räume der Begegnung, Kommunikation und Kooperation schaffen und »einen niedrighwelligen, barrierefreien und demokratischen Zugang zu Bildung, Kultur

und Informationen« bieten. Die FDP möchte die Bibliotheken dabei unterstützen, ihre Funktion als »wichtige Begegnungsorten des gesellschaftlichen und auch interkulturellen Austauschs« ausfüllen zu können. Die AfD schreibt, dass Bibliotheken ihre Rolle als Orte der Begegnung und des Austauschs nur erfüllen können, »wenn diese mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sind«. Sie sieht hier vor allem die »Unterhaltsträger in der Pflicht« – bei den Öffentlichen Bibliotheken insbesondere die Kommunen. Und Die Linke sieht Bibliotheken als Teil der »kulturellen Infrastruktur«. Bibliotheken müssten daher »dezentral und wohnortnah sein sowie ein breites und niederschwelliges Angebot zur Verfügung stellen«.

Damit Bibliotheken ihre Rolle als Orte des Austauschs und der Begegnung wahrnehmen können, fordert der dbv eine angemessene finanzielle, personelle und technische Ausstattung für Bibliotheken. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet das Soforthilfeprogramm »Vor Ort für Alle«, mit dem der dbv bundesweit zeitgemäße Bibliothekskonzepte in Kommunen bis zu 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern fördert. Der große Bedarf für diese Fördermittel – in den Antragsphasen war das Programm jeweils innerhalb des ersten Tages überzeichnet – zeigt den enormen Bedarf von Bibliotheken für Unterstützung bei der Transformation zum dritten Ort.

## Sonntagsöffnung

Bislang ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das im Oktober 2019 ein Gesetz zur Sonntagsöffnung erlassen hat. So wird es den Öffentlichen Bibliotheken in NRW – mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung – ermöglicht, auch sonntags zu öffnen und das mit Einsatz von hauptamtlichem Personal.

Bei der Frage nach der Möglichkeit einer bundesweiten Sonntagsöffnung für Öffentliche Bibliotheken sind sich mehrere Parteien weitestgehend einig. Bündnis 90/Die Grünen planen, sich für die Sonntagsöffnung von Öffentlichen Bibliotheken einzusetzen. Gerade berufstätigen Menschen, Eltern und Kindern sowie Schülerinnen und Schüler in Ganztagschulen sei es sonst unter der Woche oftmals nicht möglich, die Angebote der Öffentlichen Bibliotheken wahrzunehmen. Auch die FDP, Die Linke und die AfD unterstützen die Möglichkeit der Sonntagsöffnung, wobei Die Linke betont, dass

ein »ausfinanziertes Konzept« die »gute Vergütung von Bibliotheksbeschäftigten sicherstellen muss«. Die AfD legt Wert darauf, dass dies mit einer »angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung« geschehen muss. Die CDU/CSU wiederum möchte Sonntage als Tage der »Ruhe und des Miteinanders« schützen, gleichzeitig aber prüfen, ob den Bibliotheken die Möglichkeit zur Sonntagsöffnung über eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes eingeräumt werden kann. Nur die SPD hat hier eine andere Meinung: Sie findet, dass »die angeführten Argumente [...] verfassungsrechtlich keine überwiegenden Rechtsgüter von solchem Gewicht dar[stellen], dass sie den grundsätzlichen Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe noch weiter zurückdrängen könnten«.

Damit Bibliotheken als die am stärksten genutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen für alle Nutzer/-innen – besonders aber auch für Familien, für alleinerziehende oder für beruflich stark beanspruchte Menschen – attraktiv bleiben, fordert der dbv, dass Öffentliche Bibliotheken endlich sonntags öffnen dürfen. Dies muss mit angemessener finanzieller und personeller Ausstattung einhergehen.

### Digitale Teilhabe

Bibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag zur digitalen Teilhabe. Zu ihrem Angebot gehören nicht nur Kurse zum Kennenlernen neuer Technologien, kostenfreie Lernsettings mit entsprechender Ausstattung sowie der Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln wie PCs oder Tablets, sondern vor allem auch der Zugang zu digitalen Inhalten. Beim Thema digitale Teilhabe sind sich die Parteien im Grundsatz einig: Sie möchten die wichtige Rolle von Bibliotheken bei der digitalen Teilhabe fördern. Die CDU/CSU und die FDP legen einen starken Fokus auf den Breitbandausbau. Die FDP möchte darüber hinaus gewährleisten, dass Arbeitnehmer/-innen durch regelmäßige Weiterbildungen für die »neuen Herausforderungen der Digitalisierung gewappnet sind«. Auch Bündnis 90/Die Grünen sichern Bibliotheken bei der »Daueraufgabe Digitalisierung« verlässliche Unterstützung zu. Die AfD betont die Notwendigkeit von gut ausgebildetem Personal, das über die »Kompetenzen für den Ausbau digitaler Angebote verfügt«.

Damit Bibliotheken Angebote zur digitalen Teilhabe unterbreiten können, fordert der dbv angemessene Rahmenbedingungen: qualifiziertes Bibliothekspersonal, das regelmäßig weitergebildet wird, technische Ausstattung in den Bibliotheken und einen stabilen Breitbandanschluss.

### E-Lending

Zur digitalen Teilhabe gehört insbesondere auch der Zugang zu digitalen Medien, wie E-Books. Diese Angebote können Bibliotheken ihren Nutzerinnen und Nutzern aber derzeit nur begrenzt bereitstellen. Denn: Eine in Deutschland gängige Lizenzbedingung für den Verleih von E-Books durch Bibliotheken ist das sogenannte »Windowing«, bei dem neue E-Books für die

Bibliotheken erst nach einer Wartezeit von bis zu einem Jahr angeboten werden.

Das Thema E-Lending verfolgt daher der dbv aktiv bereits seit 2012. Obwohl im letzten Koalitionsvertrag vorgesehen war, dass »Bibliotheksnutzern unter Wahrung der Vertragsfreiheit ein noch besserer Zugang zum Repertoire von E-Books ermöglicht<sup>1</sup> werden sollte, kam in der letzten Legislaturperiode zwischen den Koalitionspartnern CDU/CSU und SPD keine gesetzliche Regelung zustande.

In ihrer Antwort auf die dbv-Wahlprüfsteine möchte die SPD beim E-Lending nun eine »überzeugende und moderne Lösung« finden – eine »gesetzliche Regelung«, die »es den Bibliotheken ermöglicht, E-Books zu fairen und angemessenen Konditionen und ohne zeitliche Verzögerung zu lizenzieren und die zugleich eine faire und angemessene Vergütung der Urheber und Verlage sicherstellt«. Für Bündnis 90/Die Grünen sollen digitale Neuerscheinungen »schnellstmöglich in Bibliotheken erhältlich sein«, und für Die Linke müssen Bibliotheken beim Verleih von E-Books »auf ein faires Lizenzmodell zugreifen [können] und das grundsätzliche Recht haben, aus allen auf dem Markt verfügbaren E-Books eine sorgfältige Auswahl treffen zu können«. Die FDP hatte bereits in der letzten Legislaturperiode einen Antrag gestellt, der zum Ziel hatte, eine »sach- und interessengerechte Lösung des E-Lending für Bibliotheken, Aggregatoren, Verlage und Urheber zu finden«.<sup>2</sup>

Der Deutsche Bibliotheksverband wird sich mit der Kampagne #BuchistBuch weiter dafür einsetzen, dass in der aktuellen Legislaturperiode endlich eine gesetzliche Grundlage für das E-Lending geschaffen wird, die es Bibliotheken erlaubt, sofort nach Erscheinen aus allen auf dem Markt erhältlichen Werken auszuwählen, und Verleihlizenzen zu angemessenen Bedingungen zu erwerben. Dafür wird er sowohl mit den politischen Verantwortlichen sprechen als auch weiter das Gespräch mit den Verlagen, Autoren und Buchhändlern suchen.

### Digitale Bildung

Insbesondere im Bereich der digitalen Bildung sehen die Parteien Nachholbedarf. Sie zeigen sich der Idee, Bibliotheken und andere außerschulische Bildungsakteure stärker einzubeziehen, aufgeschlossen, haben aber unterschiedliche Ideen, wie dies geschehen kann. Die SPD schreibt in ihren Antworten, dass sie sich »für zusätzliche Investitionen in Bildung, Ausbildung und Studium« einsetzen wird und dass »Bund, Länder und Kommunen ihrer Verantwortung für gute Bildung gerecht werden und kooperativ zusammenarbeiten« müssen. Das schließe auch die Zusammenarbeit und Abstimmung mit »Orten der Wissensvermittlung außerhalb von Schulen und Hochschulen wie Bibliotheken oder Volkshochschulen« mit ein. Trotzdem habe der DigitalPakt Schule einen klaren Fokus auf Schule. Gleichzeitig möchte die SPD aber in ihrem Wahlprogramm einen DigitalPakt für »Kinder- und Jugendhilfe« auflegen.<sup>3</sup>

Weniger Handlungsbedarf auf Bundesebene sieht die CDU/CSU: Sie schreibt, dass es Aufgabe der Länder und Kommunen sei, die Bibliotheken in ihre jeweiligen Bildungskonzepte

einzubinden. Die Grünen hingegen möchten »Bibliotheken als kompetente Partner für regionale Bildungsnetzwerke gewinnen und damit niedrigschwellige Angebote der Beratung und der digitalen Bildung stärken«. Sie setzen sich dafür ein, dass »das Bibliotheksangebot ausgebaut werden kann« und wollen »die Zusammenarbeit von Bibliotheken mit anderen Lernorten auch vor dem Hintergrund des schulischen Ganztagsausbaus voranbringen«. Den DigitalPakt Schule möchten die Grünen darüber hinaus »gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln«.

Auch die FDP möchte den DigitalPakt weiterentwickeln. Sie ist der Meinung, dass der aktuelle DigitalPakt nicht ausreiche und fordert daher einen »DigitalPakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt«. Zusätzlich zur Technik müsse auch in »IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen« investiert werden. Die AfD ist der Meinung, dass Bibliotheken verstärkt die Chance erhalten sollten, in Strategieprozessen »ihre zahlreichen Angebote und ihr Potenzial dem Bund zu präsentieren und somit sichtbar zu werden«. Und Die Linke möchte Kultur und Bildung als »Gemeinschaftsaufgabe« im Grundgesetz verankern und dabei auch Bibliotheken miteinbeziehen, die »Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge« in diesen Bereichen seien.

Die Corona-Krise hat wie durch ein Brennglas gezeigt, dass im Bereich der digitalen Bildung in Deutschland großer Nachholbedarf besteht. Dabei mangelt es sowohl an digitaler Ausstattung in den Schulen als auch an Digitalkompetenzen des Lehrpersonals. Öffentliche Bibliotheken sind neben Volkshochschulen und Musikschulen wichtige außerschulische Bildungseinrichtungen, die Kitas und Schulen mit vielen begleitenden Angeboten im Bereich der Leseförderung auch mit digitalen Medien und mit digitaler Medienbildung unterstützen. In Wissenschaftlichen Bibliotheken werden für Forschende und Studierende Angebote zur Informationskompetenz gemacht. Durch ihre schnelle Umstellung auf digitale Dienstleistungen konnten Bibliotheken mit dazu beitragen, Bildungsbenachteiligungen zumindest teilweise auszugleichen. Dabei arbeiten sie eng mit formalen Bildungseinrichtungen zusammen. Der dbv fordert daher, dass Bibliotheken und andere außerschulische Bildungsakteure stärker in einen zukünftigen Digitalpakt oder eine zukünftige Digitalinitiative einbezogen werden müssen.

### Zeitgemäßes Urheberrecht für Bildung und Forschung

Im Juni 2021 wurde das Urheberrecht reformiert. Im geltenden Urheberrecht wird aber nach wie vor die Bildung und Forschung insbesondere dadurch behindert, dass Zeitungen und Publikumszeitschriften – im Gegensatz zu wissenschaftlichen Fachzeitschriften – in Bibliotheken nur vor Ort eingesehen und nicht per Kopienversand an die Forscher/-innen übermittelt werden dürfen. Dies gilt sogar bei »vergriffenen« Zeitungen, die weder gedruckt noch in kommerziellen

Online-Zeitungsarchiven verfügbar sind. Das ist aus Sicht des dbv angesichts der Digitalisierungsbestrebungen in diesen Bereichen nicht zeitgemäß. Damit aber Studierende, Lehrende und Forschende auch in Zukunft nachhaltig mit Informationen und Medien durch Hochschulbibliotheken versorgt werden können, bedarf es zeitgemäßer Regelungen im Urheberrecht.

Die SPD will sich »für ein modernes Urheberrecht einsetzen, das den Anforderungen der digitalen Welt gerecht wird«. Die Forderungen im Bereich des Kopienversands von Zeitschriften sei ihnen »bekannt« und die SPD stünde diesen im oben genannten Sinne »offen gegenüber«. Noch vager drückt sich die CDU/CSU aus: Sie unterstützt die Verpflichtung der alten Bundesregierung, die Schrankenregelung für Bildung und Wissenschaft (und das schließt die Regelungen für Zeitungskopien mit ein) zu »evaluieren und dem Bundestag über die Ergebnisse dieser Evaluation zu berichten«. Die Grünen hingegen plädieren klar dafür, den Kopienversand von Publikumszeitschriften »zu erlauben«. Und auch die Linke sieht unter anderem bei der »Zeitungsausnahme« einen »Nachbesserungsbedarf«.

Der dbv fordert, dass das Urheberrecht im Sinne der Digitalisierungsbestrebungen im Bereich der Wissenschaft und der Forschung noch einmal angefasst und modernisiert wird. Insbesondere sollte die Möglichkeit des Kopienversands durch Bibliotheken auf Zeitungen und Publikumszeitschriften ausgeweitet werden.

### Nachhaltigkeitsziele

Bibliotheken können wichtige Multiplikatoren der Nachhaltigkeitsziele sein: Denn mit ihren hohen Besucherzahlen und ihrer flächendeckenden Präsenz haben Bibliotheken das Potenzial, vor Ort etwas zu bewirken und die Bevölkerung bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele einzubinden.

Beim Thema Nachhaltigkeit in und durch Bibliotheken ist die FDP der Meinung, dass Bibliotheken »jetzt schon viel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele und des Gelingens der Agenda 2030 der Vereinten Nationen« beitragen. Auch die SPD begrüßt »ausdrücklich die zahlreichen Initiativen der Bibliotheken zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele«. Die CDU/CSU findet, dass Bibliotheken über ihr flächendeckendes Netz »wichtige Informationen über die Nachhaltigkeitsziele an die allgemeine Öffentlichkeit und vor allem lokal in den Kommunen« verbreiten können.

In Bezug auf die Frage des dbv nach der Einbeziehung der Bibliotheken bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden Bündnis 90/Die Grünen konkret: Sie möchten, dass die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie »neu justiert« werden. Dabei möchten sie »alle relevanten gesellschaftlichen Stakeholder frühzeitig einbeziehen und auch den Bibliotheken ein Gesprächsangebot« machen.

Die Linke verweist auf die gesellschaftliche Verantwortung Öffentlicher Bibliotheken und macht deutlich, dass Bibliotheken diese auch wahrnehmen sollten, indem sie »Informationen

über den Klimawandel und seine Folgen bereitstellen, aber auch indem sie nachhaltige Bautechniken und Dienstleistungen nutzen«. Eine abweichende Meinung in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit hat die AfD: Sie findet, dass Bibliotheken als Multiplikatoren der Nachhaltigkeit »dem Gedanken der politischen Neutralität widersprechen« würden.

Bibliotheken setzen sich immer mehr proaktiv für das Thema Nachhaltigkeit ein – sei es durch die Bereitstellung von Informationsmaterial, die thematische Erweiterung ihres Medienbestandes oder durch Diskussionsrunden und Workshops zum Thema Nachhaltigkeit. Der dbv fordert daher, dass das Potenzial der Bibliotheken bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in Zukunft noch stärker von Politik und Verwaltung gewürdigt und eingesetzt werden muss. Dafür müssen Bibliotheken in relevante Aktionen und Strategien, wie der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, eingebunden werden. Nur so kann eine engere Verzahnung mit anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen gelingen, um mit gemeinsamen Angeboten zu einer nachhaltigen Zukunft beizutragen.

### Fazit

Der Einblick in die unterschiedlichen Positionen der Parteien zeigt, dass zwar die gesellschaftlichen Potenziale von Bibliotheken von den Parteien erkannt werden, dass in konkreten Bereichen wie der Sonntagsöffnung oder dem E-Lending unklar bleibt, wie sich hier die Rahmenbedingungen in der nächsten Legislaturperiode entwickeln werden. Und auch im Hinblick auf das Thema Nachhaltigkeit bleiben fast alle Parteien eher schwammig. Umso wichtiger wird es sein, deutlich zu machen, was Bibliotheken zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beisteuern.

Bibliotheken sind geschätzte Partner für die Politik und Verwaltung, die maßgeblich zur Verwirklichung von gesellschaftlichen Zielen, wie der Förderung von (digitaler) Bildung, der kulturellen und digitalen Teilhabe oder der Nachhaltigkeit, beitragen. Allein die 220 Millionen Bibliotheksbesucher/-innen pro Jahr<sup>4</sup> zeigen, welches Potenzial Bibliotheken in unserer Gesellschaft haben.

Ihre wichtige Rolle können Bibliotheken aber nur wahrnehmen, wenn sie politische Unterstützung für ihre Vorhaben erhalten und die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Das gilt auch für die Bundesebene: Denn auch wenn Bibliotheken aufgrund des föderalen Prinzips in die unmittelbare politische Zuständigkeit der Länder und Kommunen fallen, wirkt die Bundespolitik durch ihre Gesetzgebungen, Förderprogramme, Aktionen und Strategien auf die Arbeit von Bibliotheken maßgeblich ein.

Der dbv wird in den kommenden Wochen und Monaten intensiv das Gespräch mit neuen und wiedergewählten Bundestagsabgeordneten sowie Ministeriumsvertreterinnen und -vertretern suchen, damit in der aktuellen Legislatur politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Bibliotheken ermöglichen, ihrem Auftrag nach Information, Bildung und Teilhabe nachkommen zu können.

1 Vgl. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD der 19. Legislaturperiode, 2018, S. 165

2 Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/23303

3 Aus Respekt vor der Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD, 2021: [www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf), S. 13

4 Vgl. Deutsche Bibliotheksstatistik 2019



**Jacqueline Breidlid** arbeitet seit 2019 beim Deutschen Bibliotheksverband als Referentin für Politische Kommunikation. Zuvor lebte sie in Brüssel, Belgien, und der Schweiz und beschäftigte sich dort beruflich mit internationaler und europäischer Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik. Jacqueline Breidlid hat einen Masterabschluss in Internationalen Beziehungen/Politikwissenschaften vom College of Europe in Bruges, Belgien.



**Kristin Bäßler** (Foto: Amelie Befeldt) ist seit 2019 Leiterin der Kommunikation und Pressesprecherin des dbv. Sie studierte Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaften. Von 2006 bis 2011 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Kulturrat. Von 2011 bis 2016 verantwortete sie die Kommunikation des Programms »Kulturagenten für kreative Schulen« und im Anschluss die Wissensvermittlung und Kommunikation von »TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel«.